

ZBB 2002, 330

GG Art. 2 Abs. 1, Art. 3 Abs. 1, Art. 14 Abs. 1 Satz 1; EStG 1990 § 3a; StÄndG 1992 Art. 1 Nr. 4

Verfassungsmäßigkeit der Aufhebung der Steuerfreiheit für Sozialpfandbriefe

BVerfG, Beschl. v. 05.02.2002 – 2 BvR 305, 348/93 = WM 2002, 1496

Leitsätze:

1. Der Abbau einer nicht mehr gerechtfertigten Steuersubvention dient der folgerichtigen Ausgestaltung der steuergesetzlichen Belastungsgründe und wird so auch im Hinblick auf die Grundsätze der Verhältnismäßigkeit grundsätzlich durch einen hinreichenden Legitimationsgrund getragen.
2. Bei unbefristeten und über Jahrzehnte wirkenden Steuervergünstigungen kann der Steuerpflichtige sich nicht darauf berufen, dass die gesetzlichen Rahmenbedingungen nicht zu seinen Lasten verändert werden dürften. (Amtliche Leitsätze)
3. Die Aufhebung der Steuerfreiheit für Sozialpfandbriefe verletzt die Gläubiger nicht in ihren von der Verfassung geschützten Rechten. (Leitsatz der Redaktion)